

Seit dem 11. September 2001 und nachdem die Bush-Administration den „Krieg gegen den Terror“ erklärt hat, sind viele geneigt, den internationalen Terrorismus als einen qualitativ neuen Faktor der internationalen Politik zu verstehen. Doch was ist wirklich neu daran? Und wie sind die Strategien zu bewerten, mit denen sich die Staaten künftig dagegen zu wehren versuchen?

Unvorstellbare Auswirkungen

Neu ist das Vernichtungspotenzial terroristischer Anschläge. Das Entsetzen über die Massenmorde am 11. September in New York oder ähnliche Untaten in London oder in Madrid ist zwar begründet. Doch tatsächlich hat sich der Schaden in Grenzen gehalten. Moderne konventionelle Sprengstoffe können im Extremfall Hunderte töten und verstümmeln. Ein teuflisch-ingenöser Anschlag mit gekaperten Flugzeugen Tausende. Für die Betroffenen ist das fürchterlich. Die psychologischen Auswirkungen in demokratischen Gesellschaften sind weitreichend. Dabei wird jedoch häufig vergessen, dass die Staatenwelt des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts aus dem blutigen zwanzigsten Jahrhundert kommt, in dem Polit-Desperados immer wieder mit terroristischen Anschlägen gegen unbeteiligte Zivilisten die jeweiligen Regierungen psychologisch zu erschüttern versucht haben. Sinn Fein hat sich schon im späten neunzehnten Jahrhundert dementsprechend betätigt, gefolgt vom Terror der IRA. Vor allem die zweite Hälfte des zwan-

zigsten Jahrhunderts ist von einer Blutspur von Anschlägen gegen Zivilisten durchzogen: Terror der FLN und der OAS im Algerienkrieg, Terror der PLO und der aus ihr hervorgehenden Terrororganisationen, Terror der RAF und der Brigade Rosse, Terror der ETA, Terror der Untergrundorganisationen in Kaschmir, Terror der Tschetschenen ... Die Liste ist lang.

Wirklich neu wäre die Bedrohung aber erst, wenn ABC-Waffen effektiv zum Einsatz kämen. Schon in den Fünfzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurde erkannt, dass das Atomzeitalter für die internationalen Beziehungen völlig neue Bedingungen heraufgeführt hat. Möglicherweise – sagen wir lieber nicht: wahrscheinlich – wird aber das Atomzeitalter nach Hiroshima und Nagasaki in Form eines Terroranschlags mit einer schmutzigen Atombombe ein weiteres Mal seine Fürchterlichkeit erweisen mit überhaupt noch nicht vorstellbaren Auswirkungen auf die Innenpolitik, die internationale Politik und die Weltkonjunktur. Es ist prinzipiell möglich, Weltstädte wie New York, Los Angeles, London oder Hamburg auf lange Zeit zu verstrahlen. Die Menschenverluste und die wirtschaftlichen Folgen könnten schwerwiegend sein. Auch Massenepidemien, die durch kriminellen Einsatz von B-Waffen ausgelöst würden, könnten Zehntausende von Opfern fordern. Die psychologischen Auswirkungen in dem betroffenen Land würden gleichfalls verheerend sein. Ähnliches gilt für Trinkwasservergiftung von Großstädten.

Im einundzwanzigsten Jahrhundert, das eben erst begonnen hat, sind derartige Anschläge eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich. Anlass zu großer Sorge geben also in erster Linie die Mittel, die heutigen Terroristen zur Verfügung stehen. Sie sind qualitativ neu.

El-Kaida-Terrorismus

In der jüngsten Vergangenheit ließen die Terrororganisationen heterogene Motivationen und Zusammensetzungen erkennen. Es gab den Terrorismus von Mordkommandos ethnischer Minoritäten, den Bürgerkriegs-Terrorismus, den Terrorismus von Marxisten und Antimarxisten, den antikolonialistischen Terrorismus und den Terrorismus, der sich gegen fremde Besatzer richtete, auch schon – auf dem indischen Subkontinent, im Irak und im Libanon – den religiös motivierten Terrorismus. Die Lebenserfahrung spricht dafür, dass entsprechende Motive auch weiterhin in zahlreichen Ländern zum Terrorismus gegen unbeteiligte Zivilisten führen.

Qualitativ neu ist aber der islamische Terrorismus vom El-Kaida-Typ. Dass übersteigerte Religiosität – gleich ob man sie je nach Standpunkt als irregeleitet oder als gottgefällig bezeichnet – zu allen Zeiten brutalsten Terror gegen Zivilisten legitimiert hat, gehört zu den universalgeschichtlich wohlbekannten Tatsachen. Die Nennung von Beispielen erübrigt sich. Doch im zwanzigsten Jahrhundert war religiös motivierter Terrorismus nicht die Regel, sondern eher eine Ausnahme. Das hat sich seit dem Aufkommen des polit-kriminellen Islamismus in den Neunzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts geändert. Zweierlei ist dabei besonders bedrohlich.

Zum einen hat diese Spielart des religiösen Fanatismus einen massenhaften Aufwuchs von Selbstmordattentätern hervorgebracht. Da diese Attentäter keinen Grund dafür sehen, nach den Attentaten

ihre Flucht vorzubereiten, sind Selbstmordattentate logistisch relativ leicht vorzubereiten, können genau gezielt erfolgen und bewirken eine maximal verunsichernde Wirkung. (Ob die Betreffenden sich selbst und viele zufällig anwesende Zivilisten aufgrund von Gehirnwäsche oder unter Drogeneinfluss oder durch gegen ihren Willen an ihnen befestigte Sprengkörper töten, macht keinen Unterschied ihrer Gefährlichkeit.) Natürlich würde der Selbstmordterrorismus auch ABC-Anschläge ganz wesentlich erleichtern.

Zum Zweiten ist der islamische Terrorismus deshalb besonders bedrohlich, weil er auf transnationalen Netzwerken beruht. Er richtet sich gegen globale Feinde und erfährt vielfach globale Unterstützung – psychologische Unterstützung durch legitimierende Internet- und Fernsehbilder, doch genauso logistische Unterstützung, Ausbildung in Trainingscamps, Bereitstellung von Waffen und von Geldmitteln mit inbegriffen. Die Verteidigung gegen diese neue Welle von Terrorismus ist auch deshalb besonders schwer, weil die Terroristen sowohl aus dem Umfeld endogener religiöser Minderheiten als auch von exogenen Terrorkommandos rekrutiert werden. Das lenkt den Blick auf einen weiteren, durchweg neuen Aspekt.

Offenheit moderner Demokratien

Die Demokratien des frühen einundzwanzigsten Jahrhunderts sind in dreifacher Hinsicht offene Gesellschaften. Seit den 1960er-Jahren hat sich der globale Reiseverkehr exponentiell vermehrt. Generell wird das als Teil wünschenswerter moderner Lebensqualität begrüßt und ganz selbstverständlich genutzt. Auch der Welthandel hat in den vergangenen Jahrzehnten um ein Vielfaches zugenommen. Die weltweit und europaweit eng verflochtenen Volkswirtschaften können und wollen darauf keinesfalls verzich-

ten. Dass der kaum mehr überprüfbare Frachtgutverkehr und der Reiseverkehr für transnational operierende Terroristen ideale Bedingungen schafft, versteht sich von selbst.

Ein weiterer Aspekt der Offenheit moderner Demokratien sind die gegenüber früheren Epochen viel leistungsfähigeren heutigen Kommunikationssysteme. Bereits die klassischen Telefone mit Standleitungen oder verschlüsselter Funkverkehr hatten die globale Kommunikation zwischen terroristischen Gruppen stark erleichtert. Seit den 1990er-Jahren haben Handy und Internet die Kommunikationsmöglichkeiten von Terroristen geradezu revolutioniert.

Ein dritter Aspekt der Offenheit betrifft die Bereitschaft der europäischen Demokratien, legale Masseneinwanderung aus fremden Kulturen für nützlich zu halten oder zu tolerieren und gegen illegale Einwanderung nur mit gebremster Strenge vorzugehen. Bekanntlich ist die Offenheit für Einwanderung und Asylgewährung von Land zu Land verschieden stark ausgeprägt. Jedenfalls haben sich alle großen Länder in der EU (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Spanien), aber ebenso ein mittelgroßes Land wie die Niederlande und Kleinstaaten des Typs Dänemark oder Österreich Minderheiten aus dem muslimischen Kulturkreis aufgelastet, die auch in der zweiten und dritten Generation nicht voll integriert und wohl partiell kaum integrierbar sind. Da sich dabei vielfach auch eine getoisierte neue Unterschicht gebildet hat, fallen potenziell religiöse Andersartigkeit und niedriger sozialer Status häufig zusammen mit potenziell aggressivem Hass auf die Gastvölker. Dass jedoch auch junge Muslime, die nicht der Unterschicht angehören, für radikale Religiosität mit Übergängen zum Terrorismus anfällig sein können, gehört zu den hinlänglich bekannten Tatsachen. Genauso bekannt ist, dass transnational

operierende muslimische Terroristen nicht nur Sympathisanten in endogenen Minderheiten finden, sondern sich auch frustrierte Außenseiter für Terroraktionen rekrutieren lassen. Endogener und exogener Terrorismus lassen sich nicht mehr scharf trennen.

Sympathisanten des Terrors

Ein vierter, qualitativ neuer Bedingungsfaktor ist schließlich die fast unübersehbar große Zahl neuer Staaten, in denen Terrorismus von den Regierungen toleriert oder insgeheim gefördert wird.

Dass Terroristen in Nachbarländern Unterschlupf, Asyl, häufig auch heimliche Unterstützung durch bestimmte Parteien oder Geheimdienste gefunden haben, ist im zwanzigsten Jahrhundert immer wieder einmal vorgekommen. Zumeist war und ist das immer noch der Fall, wenn Ethnien grenzüberschreitend siedeln und in einem Nationalstaat diskriminiert werden. Man kann in diesem Zusammenhang nicht ganz vergessen, dass die Kette der Fehlentscheidungen, die in die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkrieges führte, mit dem terroristischen Anschlag in Sarajewo begonnen hat, dessen Drahtzieher im serbischen Geheimdienst saßen. Vor allem auf dem Balkan und im Nahen Osten ist der insgeheim aus Nachbarstaaten gesteuerte oder wenigstens regierungsmäßig tolerierte Terrorismus über das ganze zwanzigste Jahrhundert hinweg, bald stärker, bald schwächer, ein Hauptmerkmal der internationalen Beziehungen in diesen Großräumen gewesen und ist es bis zum heutigen Tag geblieben.

Doch vor dem Ersten Weltkrieg zählte man sechszehn unabhängige Staaten, heute um die zweihundert. Somit kann es niemanden erstaunen, dass sich heute unter den neuen, vielfach ungefestigten Staaten, die seither ins Leben getreten sind, vergleichsweise viele Regierungen befinden, die Terroristen auf ihrem

Territorium tolerieren, aushalten oder insgeheim einsetzen, deren Ziel es ist, bestimmte Nachbarstaaten oder auch ferne Länder zu destabilisieren. Vielerorts gehört es zur Staatspraxis, Terrororganisationen zu finanzieren, ihnen den heimlichen Aufbau einer Terror-Infrastruktur zu erlauben, Waffen bereitzustellen und propagandistische Unterstützung zu gewähren. Auch hier braucht man nicht ins Detail zu gehen. Es gibt Beispiele zu hauf: in Schwarzafrika, im Maghreb, im Nahen und Mittleren Osten mit Syrien, Iran, Saudi-Arabien, Pakistan, Afghanistan vor dem Sturz der Taliban, in Lateinamerika, Kuba und neuerdings Venezuela unter dem Präsidenten Chavez. Oft sind die Zentralregierungen überhaupt nicht in der Lage, ihr gesamtes Territorium zu kontrollieren, selbst wenn sie das wollten, sodass die Anlage von Terroristencamps möglich wird. Welch kritische Rolle dabei die gescheiterten Staaten spielen, ist allbekannt.

Die politischen Zielsetzungen der Terrororganisationen mögen durchaus unterschiedlich sein. Manchmal werden sie vom Gastland in dessen Kaltem Krieg gegen einen verhassten Nachbarstaat instrumentalisiert (Syrien gegen Israel und den Libanon, der Iran gegen Syrien, Pakistan gegen die indische Besatzung in Kaschmir). Gelegentlich ist ein raffinierteres Doppelspiel zu beobachten wie im Fall Saudi-Arabiens, dessen Oligarchie mit den USA verbündet ist und sich zugleich insgeheim durch hohe Geldzahlungen an anti-westliche Terrornetzwerke gewissermaßen freikauf.

Auch kann man feststellen: Der Terrorismus ist alles andere als ein ganz neuartiges Phänomen in der Staatengesellschaft. Neu ist jedoch, dass sich die Gefährdung der westlichen Demokratien im letzten Jahrzehnt wesentlich gesteigert hat – aufgrund der Terrorwaffen, aufgrund des neuartigen islamischen Terrorismus, aufgrund der Offenheit der De-

mokratien und weil es eine große Zahl von Staaten gibt, die als Ruheraum dienen oder die Vorbereitung von Anschlägen erleichtern.

Solche und andere Beobachtungen führen zur Frage, ob gegen diese neuartigen Bedrohungen auch qualitativ neuartige Strategien erforderlich sind oder entwickelt werden könnten. Man muss das eher bezweifeln. Auch beim Blick auf die Verteidigungsstrategien der vom Terrorismus bedrohten Staaten lassen sich die altvertrauten Muster erkennen. Manche sind eher Erfolg versprechend, andere kontraproduktiv, wenn nicht gar desaströs. Nur ein paar von ihnen seien im Folgenden genannt und knapp diskutiert.

Geheimdienstliche Zusammenarbeit

Eine alterprobte, in Grenzen auch effektive Verteidigungsstrategie gegen terroristische Gruppierungen ist die intensive polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit befriedeter Staaten. In Europa ist das schon in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg praktiziert worden, als Anarchisten die Souveräne oder deren Minister oder hochgestellte Beamten und Generale bedrohten, wobei sie Kollateralschäden aufseiten zufällig dabeistehender Zivilisten billigend in Kauf nahmen. Auch das folgende zwanzigste Jahrhundert war ein Jahrhundert geheimdienstlicher und polizeilicher Zusammenarbeit gegen Terroristen, Saboteure, Spione und sonstige subversive Gruppierungen, dies natürlich nur jeweils zwischen politisch miteinander übereinstimmenden Regierungen. Da die Gefahren des Terrorismus im einundzwanzigsten Jahrhundert noch bedrohlicher sind, wird und muss sich auch die Zusammenarbeit zwischen den Diensten verstärken. In dieser Hinsicht gibt es nichts Neues unter der Sonne.

Vor allem dann, wenn Terroristen in Nachbarstaaten Unterschlupf gefunden haben und von dort aus operieren, pfle-

gen die bedrohten Staaten mit gezielten Militäraktionen (Luftangriffe, Kommandounternehmen) gegen Ausbildungscamps oder Stellungen im Nachbarland vorzugehen. Das seit den Fünfzigerjahren allseits von Terroristen bedrohte Israel ist traditionell so verfahren, ähnlich die Türkei im Kampf gegen die kurdische Guerilla. Gegebenenfalls werden im angrenzenden Nachbarland einige Dutzend Kilometer besetzt oder von Söldnern gesichert, um Angriffe zu erschweren. Auch die Eliminierung von Terroristenführern durch eigene Geheimdienste oder durch Flugzeugraketen fällt unter die Kategorie begrenzter Gewaltaktionen. Das mag kurzfristige Erleichterung verschaffen. Doch wie die Hamas im Gaza-Streifen beweist, lässt sich gegen einen zum Terrorismus entschlossenen Gegner durch punktuelle Vergeltungsschläge oder Vorstöße oder durch zeitweilige Besetzung nichts Durchschlagendes erreichen. Gruppen, die sich durch Vergeltungsschläge oder Besetzung nicht abschrecken lassen, finden sich immer.

Gelegentlich entscheiden sich die Regierungen terrorismusbedrohter Länder zum Krieg und zur Besetzung der Länder, von denen terroristische Angriffe ausgehen. Erfahrungsgemäß lässt sich damit keine nachhaltige Besserung erreichen. Israels Krieg gegen den Libanon im Jahr 1982 war ein PR-Desaster und hat nichts Dauerhaftes bewirkt. Heute stehen die zum Terror bereiten Guerillas direkt an der Nordgrenze Israels.

Im Grunde fällt auch der Krieg gegen Afghanistan und die lang dauernde Besetzung des Landes, gestützt auf eine von den Besatzern installierte Regierung, unter die Kategorie der zum Scheitern verurteilten Anti-Guerilla-Kriege und Besetzungen. Unnötig zu sagen, dass sich der Krieg und die Besetzung des Irak als strategischer Flop und Schlimmeres erwiesen hat. Er wurde mit dem Argument legitimiert, einem Atom-Terrorismus vor-

zubeugen und zugleich einen Diktator zu stürzen, dessen Geheimdienste auch zu anti-amerikanischen Terroristen Kontakt hätten. Schwer vorstellbar, dass sich eine westliche Demokratie in absehbarer Zeit noch einmal dazu hinreißen lässt, im so genannten „Krieg gegen den Terror“ ein Land zu besetzen, von dem terroristische Gefahren ausgehen. Derartige Strategien schaffen ein Chaos, in dem der Terrorismus geradezu aufblüht.

„Diplomatische“ Mittel

Erfolgversprechender ist und bleibt wohl die nicht-militärische Einwirkung auf Regierungen, die Terrororganisationen Unterschlupf gewähren. Man könnte diesbezüglich von „totaler Diplomatie“ sprechen, die eine breite Palette positiver und negativer Instrumente nutzt. Manches bietet sich dabei an, was sich in den heißen und kalten Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts bewährt hat, jedenfalls ausprobiert wurde: Entwicklungshilfe, der zumeist auch eine Komponente der Eliten-Korruption beigemischt ist, die von den Gebern billigend in Kauf genommen wird; Unterstützung von Aufstandsbewegungen gegen die Regierung, die Terroristen beherbergt; diplomatische Einkreisung; öffentliche Brandmarkung; Überwachung, Eindämmung oder Beschlagnahme von Geldströmen, dies häufig mit dem Argument des Anti-Drogen-Kampfes legitimiert.

Oft wird eine Strategie des *carrot and stick* angewandt, um die Regierung, die Terroristen unterstützt, in eine Anti-Terror-Koalition mit einzubeziehen. Solche Strategien zur nicht-militärischen Austrocknung von Terroristen gelingen bisweilen, manchmal auch nicht, sie kosten meist viel Geld, nicht zuletzt zur Besteckung der jeweiligen Machthaber. Dort, wo auch das Instrument der Waffenhilfe gegen Terroristen zum Einsatz kommt mit Entsendung von Polizei- und Militärberatern, verschwimmt zumeist die

Grenze zwischen der nicht-militärischen und militärischen Bekämpfung von Terrororganisationen. Wie immer man dabei auch vorgeht oder Drittländer beim Vorgehen unterstützt: Zumeist ist auch der nicht-militärische Kampf zur Eindämmung oder Unterdrückung von Terrorismus moralisch ähnlich schmutzig wie der Terrorismus selbst. Die stillschweigende Unterstützung der algerischen Regierung durch die EU-Regierungen bei ihrem gnadenlosen Kampf gegen die islamistische GSPC ist ein Paradebeispiel für die moralische Ambivalenz dieses Ansatzes. Auch für die Konzepte der „totalen Diplomatie“ gilt: nichts Neues unter der Sonne.

Handlungsspielraum der UNO

Häufig wird die Forderung erhoben, der globalen Bedrohung durch den Terrorismus auch durch globales Tätigwerden der UNO entgegenzutreten. Doch manche Regierungen, die der UNO angehören, betrachten aus jeweils unterschiedlicher Perspektive bestimmte Terrororganisationen als Freiheitskämpfer, während sie hartes israelisches oder amerikanisches Vorgehen gegen Terrorangriffe als Staatsterrorismus kritisieren. Die Akzeptanz des Angriffs auf Afghanistan im Jahr 2001 nach dem 11. September 2001 war eine Ausnahme von dieser Regel. In der Regel jedoch kommen im Weltsicherheitsrat keine Beschlüsse zustande, globalen oder regionalen Terrornetzwerken, die in diesem oder jenem Land ihre Stützpunkte haben, mit Sanktionen der UNO entgegenzutreten, und wenn sich das doch als möglich erweist, so zumeist nur mit vielen Einschränkungen. Das sind Erfahrungen, die man seit den Fünfzigerjahren machen konnte, als sich antikolonialistische, anti-israelische oder gegen das Apartheidregime in Südafrika gerichtete Organisationen in weiten Teilen der UNO großer Sympathie erfreuten, obwohl sie häufig Terror gegen Zivilisten

anwendeten. Wenig Neues unter der Sonne auch hier!

Förderung von Demokratie

Wo bleibt also das Positive? Bekanntlich werden häufig humanitär anspruchsvolle Strategien propagiert, den Aufwuchs von Terrorismus außerhalb Europas durch Wirtschaftshilfe, Entwicklungshilfe und Demokratie-Export auszutrocknen. Terrorismus unterdrückter und verfolgter Gruppen, so das Argument, entstehe aus Armut, aus Unterdrückung von Minderheiten oder auch von Mehrheiten, sei oft auch eine Reaktion auf kleptokratische Regierungen und korrupte Verwaltungen. Die Einführung der Demokratie selbst mit minimalen Demokratiestandards, so die Hoffnung, könne Abhilfe schaffen. Das ist in der Tat da und dort gelungen, zumindest zeitweise, und das vor allem dann, wenn ein Land noch nicht von Terrororganisationen verseucht ist. Doch Terrororganisationen sind *ex definitione* polit-kriminelle Organisationen, deren Führer erfahrungsgemäß mit Demokratie wenig im Sinn haben und oft Mittel und Wege zur erneuten gewalttätigen Destabilisierung finden. Immerhin: Es gibt Beispiele von Ländern, von denen nach der Machtergreifung ursprünglich terroristischer Befreiungsorganisationen derzeit keine Terrorismusgefahr mehr ausgeht: Mosambik und Angola gehören dazu. Auch autoritär regierte muslimische Länder, beispielsweise die kleineren Golfstaaten oder Jordanien oder auch Marokko, die westliche Wirtschaftshilfe erhalten oder selbst Wohlstand produzieren und zugleich Terrororganisationen im eigenen Machtinteresse ausschalten, zeigen, dass es möglich ist, die terroristischen Netzwerke mit viel Glück an der Ausbreitung zu hindern.

Nur hat eben der islamische Terrorismus religiöse Wurzeln. Und religiöse Erregung oder Verführung kann auch Gesellschaften erschüttern, die wirtschaft-

lich florieren oder auf dem Weg zu einem demokratischen Verfassungsstaat sind. Zudem sind manche der moderat muslimischen Regime – beispielsweise Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten – alles, nur keine vorbildlich humanitären Staaten. Dennoch halten es die westlichen Demokratien für geboten, wohl oder übel bei der Abwehr von Terrororganisationen autoritäre Systeme mit Wirtschaftshilfe zu bedenken, dies in klarer Erkenntnis, dass nicht zuletzt diese Verbündeten es sind, die durch Repression Terroristen hervorbringen. Die Bemühungen um Demokratisierung sind naturgemäß halbherzig, seitdem sich verschiedentlich gezeigt hat (in Algerien, in den israelisch besetzten Palästinensergebieten oder im Irak), dass ungünstigenfalls aus demokratischen Wahlen islamistische Mehrheiten hervorgehen, deren Führer den Terrorismus für legitim halten.

Politische Instrumente

Eine etwas günstigere Prognose wird man der Strategie stellen können, der Ausbreitung des internationalen Terrorismus in den endogenen Minderheiten in Europa entgegenzuwirken. Erziehungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, gezielte Sozialhilfe und Dialog mit den Führungsgruppen werden weithin praktiziert und müssen weiter versucht werden. Doch Länder, die sich in der Vergangenheit den humanitären Luxus genehmigt haben, Hunderttausende schwer assimilierbarer, meist niedrig qualifizierter Einwanderer in ihre Sozialsysteme aufzunehmen und deren Integration jahrzehntelang weitgehend sich selbst zu überlassen, werden auch in Zukunft ein paar Hundert Terrorismus-Anfälliger und einige Zehntausende von Sympathisanten in Kauf nehmen müssen.

Man nennt das die Hölle der guten Absichten.

Was ergibt sich aus diesen gerafften Überlegungen? Die offenen Demokratien werden auch künftig mit dem Terrorismus leben müssen, dies ohne große Hoffnung, ihn verlässlich austrocknen zu können. Am wenigsten darf man vom militärischen Eingreifen gegen Länder erwarten, in denen Terroristen ihre Zuflucht und Unterstützung finden. Wie sich während des IRA-Terrorismus in England gezeigt hat, sind offene Gesellschaften jedoch fähig, mit einer ganzen Menge von endogenem Terrorismus fertig zu werden, der auch von außen durch Waffenlieferungen und Geldspenden genährt wurde. Doch in Nordirland hat es Jahrzehnte gedauert, bis eine prekäre Befriedung erreicht war. Auch Israel ist es mit einer Vielzahl von Maßnahmen gelungen, das Aufkommen von Terrorismus unter den Arabern mit israelischer Staatsangehörigkeit (immerhin ein Fünftel der Gesamtbevölkerung) zu unterbinden und ein Überspringen des exogenen Terrorismus aufs Inland zu verhindern. Allerdings ist das nur mit strengsten Einreisekontrollen und mit polizeilicher Überwachung gelungen, die in den derzeitigen europäischen Demokratien nicht hingenommen würden.

Trotz schlimmer Anschläge in London oder Madrid ist Europa vom Terrorismus doch erst gestreift worden. Was sich aber in den offenen Demokratien der Europäischen Union mit ihren Parallelgesellschaften ereignen würde, wenn ABC-Terrorismus zu Zehntausenden oder noch mehr Opfern führen sollte, bleibt abzuwarten. Das einundzwanzigste Jahrhundert steht erst in seinen Anfängen.